

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Heimut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telefax: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Robert Antretter MdB plädiert für ein neues Bündnis aller demokratischer Patrioten. Seite 1

Klaus Kirsöhrer MdB belegt, daß dem Bundesbeauftragten für die Behinderten ein Maulkorb umgehängt werden soll. Seite 3

Dietrich Sperling MdB kritisiert Propaganda für die Kernenergie. Seite 4

Dr. Hans Günter Brauch untersucht die Frage, ob wirklich nur 108 Pershing II-Raketen in der Bundesrepublik stationiert werden sollen. Seite 5

38. Jahrgang / 210

2. November 1983

Die Chance der Partei nutzen!

Nein zur "Nachrüstung" muß als Aufbruch zur Reformoffensive verstanden werden

Von Robert Antretter MdB

Der Termin des Parteitags steht fest. Die Einladungen sind versandt. Schon die bemerkenswerte Reaktion der Öffentlichkeit auf den Offenburger Parteitag der baden-württembergischen SPD hat es gezeigt: die Zeit papierener Resolutionen und taktischer Winkelzüge ist vorüber. Wenn es im hämischen Medienecho auf den Anti-Raketen-Beschluß noch für einen Augenblick so ausgesehen hatte, als gäbe es in den eigenen Reihen "Nachrüstungs-Irritationen", dann wird uns jetzt um so deutlicher, daß die ganze Partei von einer Welle der Erleichterung und Ermutigung erfaßt wird, die sich als neues Wir-Gefühl zu verankern beginnt.

Nachdem ein Bezirksparteitag nach dem anderen sein prinzipielles Nein zur Stationierung zusätzlicher amerikanischer Atomwaffen auf deutschem Territorium ausgesprochen hat, ist - auch nach den großartigen Wahlerfolgen in Bremen und Hessen - völlig klar, daß wir Sozialdemokraten von Baden-Württemberg in Offenburg keineswegs "voreilige Festlegungen" getroffen haben. Vielmehr war es erst auf der Basis dieses eindeutigen Beschlusses möglich, gegenüber Rüstungswettlauf und nuklearer Abschreckungslogik wieder zur Klarheit sozialdemokratischer Friedenspolitik zu finden. Es geht dabei überhaupt nicht darum, jetzt "aus der Politik auszusteigen" oder das Rad der Geschichte vor Godesberg zurückzudrehen. Die Entwicklung bestätigt, daß nur die SPD zu sozialem Lernen fähig ist und die politische Kraft hat, für unser Volk die Herausforderungen der geschichtlichen Grenzsituationen zu bewältigen.



Freilich: ohne zum Teil schmerzliche Selbstkritik und Bereitschaft zu fairem Konfliktaustrag kann die uns auferlegte sozialdemokratische "Wende" - weg von der Staatspartei und hin zur selbstbewußten Oppositionspartei - nicht wirklich gelingen. Schließlich wird nicht weniger verlangt als die äußerste Kraftanstrengung, um aus militärpolitischen "Verstiegenheiten" (C.F. von Weizsäcker) verantwortlich herauszuführen. Die Partei muß diese historische Chance aber nutzen, weil die Kohl-Regierung hier so erbärmlich versagt.

Als Partner für die Friedensbewegung, die den Willen der Deutschen zur Abrüstung eindrucksvoll wiedergibt, kann nur die Sozialdemokratie in Frage kommen. Allein SPD und Gewerkschaften haben die Kompetenz, den politischen Zusammenhang von militärischer Aufrüstung und sozialer Demontage darzustellen. Auch wenn es noch berechnete Skepsis und Unterschiede in der strategischen Einschätzung des Verhältnisses organisierte Arbeiterbewegung und neue Sozialbewegungen gibt, so gilt es jetzt doch vor allem, das, was an Ängsten, Sorgen und Sehnsucht im Volk aufgebrochen ist, politisch klug weiterzuführen.

Es gibt in der Bundesrepublik Deutschland die Chance, ein neues Bündnis demokratischer Patrioten zu entwickeln. Dazu muß das Nein der SPD zur Nachrüstung als ein Aufbruch zur sozialdemokratischen Reformoffensive verstanden werden. Die Perspektive eines Europa ohne Atomwaffen - der im Godesberger Programm angelegte Weg zu einer europäischen Friedensordnung jenseits der Militärblöcke - ist noch stärker ins öffentliche Bewußtsein zu bringen. Atomwaffenfreie Zonen in Gemeinden, Städten und Landkreisen sind wichtige erste Schritte, die zu der dem Atomzeitalter angemessenen Philosophie gemeinsamer Sicherheit und zur politischen Sicherheitspartnerschaft führen können.

(-/2.11.1983/va-he/va)

+

+

+



Maulkorb für einen Bundesbeauftragten

Koalition fürchtet die Wahrheit im Bereich Schwerbehindertengesetzgebung

Von Klaus Kirschner MdB

Mitglied des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages

Es ist ein bisher einmaliger parlamentarischer Vorgang, daß das Begehren der Opposition, im Rahmen der Ausschußberatungen zu den Haushaltsbegleitgesetzen den Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Behinderten zu den gravierenden Verschlechterungen im Schwerbehindertenrecht zu hören, mit Mehrheit rücksichtslos abgeschmettert wird.

Wenn der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Behinderten die Funktion einer Interessenvertretung der Behinderten bei der Bundesregierung und nicht nur eine Alibifunktion haben soll, dann hätte es die politische Fairneß gegenüber der Opposition, aber vor allem die Interessenslage der Behinderten geboten, dieser Forderung der SPD nachzukommen. Unser Begehren war, den Bundesarbeitsminister zu bitten, dem Bundesbeauftragten noch während der Ausschußberatungen zu den Haushaltsbegleitgesetzen die Genehmigung zu erteilen, vor dem Arbeits- und Sozialausschuß seine Haltung zu den geplanten Einschnitten im Schwerbehindertenrecht darzulegen.

Die Regierungskoalition hat mit Ihrer Mehrheit durchgesetzt, daß der Behindertenbeauftragte zwar sobald "wie möglich", aber nur zu allgemeinen Fragen der Behindertenpolitik, und nicht zu den Haushaltsbegleitgesetzen gehört werden soll.

Nach der ablehnenden Haltung der Koalitionsfraktionen und der eindeutigen Stellungnahme des Parlamentarischen Staatssekretärs Franke, daß die politische Verantwortung für die Gesetzesänderungen im Schwerbehindertenrecht die Bundesregierung trage, muß gefragt werden: Haben Bundesregierung und die sie tragenden Parteien CDU/CSU/FDP Angst, daß die Alibifunktion dieses Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Behinderten von den Sozialdemokraten aufgedeckt wird?

Einen anderen Schluß läßt diese gegen die Behinderten gerichtete Entscheidung leider nicht zu.
(-/2.11.1983/ks/va)

+ + +



Der Bock als Gärtner

Dumm-dreiste Kernenergie-Propaganda

Von Dietrich Sperling MdB

Es gibt in der Bundesrepublik ein großes Unternehmen mit Sitz in Mannheim (Tochter einer ausländischen Mutter), das Kernkraftwerke herstellt und mit seinen Projekten bisher keinen sonderlich großen Erfolg hatte. Umso eifriger ist das Unternehmen bemüht, das hohe Lied von der Kernenergie publizistisch zu verbreiten. Es gibt dicke, bunte, teure Propagandabroschüren heraus und verschickt sie an Leute, egal ob sie die Schrift wollen oder nicht.

Eine der "Zielgruppen" sind natürlich Journalisten. Die werden bevorzugt: Sie kriegen nicht nur die Broschüre sondern auch gleich den Besprechungstext. Mit dem schönen Satz: "Ein noch druckfrisches Exemplar ist zu Ihrer Information diesem Schreiben beigelegt, außerdem ein Vorschlag für eine Buchbesprechung, sofern Sie dazu in den Spalten Ihres Blattes Platz haben."

Haben wir nicht. Die bunte Schrift "Kernkraft ist kein besonderer Saft" ist eine polemisch-dümmliche Propagandaschrift, die "beweist", daß Kernenergie die billigste, sicherste und umweltfreundlichste Energieversorgungsart darstellt.

Und daß die "alternativen Energien" - so ungefähr alles außer Kernenergie ist damit gemeint - nichts taugen, zu teuer sind oder zu wenig davon da ist.

Wo kann man diese Aufklärung über Kernenergie und über alternative und kleine Technologien erhalten? Bei den betreffenden Unternehmen, Geschäftsbereich "Großmaschinen und Kraftwerke". Ausgerechnet. (-/2.11.1983/vo-he/va)

+ + +



Nur 108 Pershing II?

Was ist stationiert - und was kommt noch

Von Dr. Hans Günter Brauch

Die NATO-Verteidigungsminister haben am letzten Donnerstag auf einer Tagung der Nuklearen Planungsgruppe beschlossen, 1.400 atomare Gefechtsköpfe aus Westeuropa abzuziehen. Nach einem Bericht von Walter Pincus in der Washington Post hatte die NATO bereits im September 1981 den Abzug von Nuklearsprengköpfen für die Nike Hercules Flugabwehrraketen und von Atomminen geplant. Die Bekanntgabe dieses Beschlusses wurde jedoch um zwei Jahre bis kurz vor den Stationierungsbeginn von Pershing II in Schwaben aufgeschoben. Nach Lynn Davis entfallen 1.750 der 6.000 amerikanischen Nuklearsprengköpfe in Europa auf Nike Hercules und auf Atomminen. Nach Arkin sind in der Bundesrepublik Deutschland circa 250 Atomminen gelagert. Es ist deshalb davon auszugehen, daß fast ausschließlich die Sprengköpfe für die Nike-Hercules abgezogen werden.

In fünf westlichen Quellen wurden 25 Lagerstätten für Trägersysteme und für nukleare Sprengköpfe in Baden-Württemberg genannt. Davon wurden folgende 15 Orte in mindestens drei von fünf Quellen genannt: Böttingen, Dallau-Elztal, Großengtingen, Hardheim, Heilbronn, Inneringen, Kleingartach, Mutlangen, Neckarsulm, Pforzheim-Wurtemberg, Pfullendorf, Philippsburg, Sachsenheim, Schwäbisch-Gmünd und Siegelsbach.

Der von der NATO am Donnerstag beschlossene Abzug von Nike-Hercules Sprengköpfen wird voraussichtlich folgende Standorte berühren: Böttingen, Dallau-Elztal (bereits begonnen), Pforzheim-Wurtemberg, Sachsenheim und Hardheim. Atomminen werden demnach weiterhin an folgenden Orten in Baden-Württemberg gelagert bleiben:

Heilbronn: Mittlere Atommine (1-15 kt) und spezielle ADM (0,1 - 1 kt);
Kornwestheim: Mittlere und spezielle Atomminen.

Nach dem neuesten SIPRI-Jahrbuch (London 1983, S. LV) umfassen die gegenwärtigen amerikanischen Produktionspläne Neutronensprengköpfe für 800 203-mm-Haubitzen, für 1.000 155 mm-Haubitzen und für 380 Lance-Raketen. Nach Davis entfallen von 6.000 amerikanischen Nuklearsprengköpfen in Europa allein 2.000 auf 155 und 203-mm Haubitzen. Nach Arkin sind hiervon 1.500 atomare Sprengköpfe allein in der Bundesrepublik gelagert. Die geplanten Produktionszahlen für die Neutronensprengköpfe lassen folgende Schlußfolgerungen zu: Entweder sollen diese Neutronensprengköpfe ab 1985/1986 zusätzlich in Westeuropa und das heißt voraussichtlich zu 75 Prozent in der Bundesrepublik eingeführt werden beziehungsweise ältere Sprengköpfe teilweise ersetzen. Lance-Raketen sind gegenwärtig an folgenden Standorten in Baden-Württemberg stationiert: Crailsheim und Großengtingen. Es ist davon auszugehen, daß an beiden Orten ab 1985/1986 auch Neutronensprengköpfe gelagert werden.

Nuklearverwendungsfähige Artillerieeinheiten der amerikanischen Streitkräfte und der Bundeswehr befinden sich an folgenden Standorten: Immendingen (155 mm), Münsingen (155 mm), Pfullendorf (155 und 203 mm, amerikanische Verbindungseinheit), Schwabach (155 mm), Philippsburg (203 mm, amerikanische Verbindungseinheit), Tauberbischofsheim (203 mm), Walldürn (155 mm) und Wertheim (203 mm). Es ist davon auszugehen, daß für diese Einheiten ab 1985/1986 Neutronensprengköpfe bereitstehen werden.

Chemische Kampfstoffe sind in Baden-Württemberg möglicherweise in Mannheim/Viernheim (Käfertaler Wald) und eventuell in der zentralen Lagerstätte für atomare Sprengköpfe in Siegelsbach bei Bad Rappenau gelagert. Nur in der Bundesrepublik sind die Norwegenslager geheim, in den USA sind alle Lager offen bekannt.



Schwaben trägt das ausschließliche Risiko für die destabilisierendste Waffe der NATO: die Pershing II-Rakete. Nach Angaben des Pershing II-Herstellers werden die Pershing II-Raketen an den Standorten für die Pershing IA-Raketen stationiert. Diese Standorte werden zwar den Abgeordneten des Deutschen Bundestages aus Sicherheitsgründen vorenthalten. Sie sind dagegen unter anderem aus Bildunterschriften von Fotos des Pentagon bekannt. Demnach sind gegenwärtig in der Bundesrepublik 180 Pershing IA-Raketen stationiert, davon 109 Pershing bei Einheiten der amerikanischen Armee und 72 bei Einheiten der Bundesluftwaffe. Die Pershing IA der US-Armee sollen von 1983 bis 1987/88 durch die Pershing II ersetzt werden. Bei den 72 Pershing IA-Raketen der Bundesluftwaffe gehen amerikanische Militärs und hohe Pentagon-Beamte davon aus, daß diese durch eine Pershing IB beziehungsweise eine Pershing II mit verringerter Reichweite ersetzt werden, um die Ersatzteilausstattung zu vereinheitlichen.

Die Pershing IA verfügt über einen W-50 Nuklearsprengkopf (40-400 kt). Der Nuklearsprengkopf der Pershing II W-85 wird über eine Sprengkraft in Höhe von 5-50 kt verfügen. Die Standorte für Pershing II sind nach Martin-Marietta und Arkin: Neu-Ulm, Neckarsulm, Heilbronn und Schwäbisch-Gmünd/Mutlangen. Nach einem Bericht des Streitkräfteausschusses des Repräsentantenhauses für das Haushaltsjahr 1983 (HASC FY 1983 DoD, Teil 3, Seite 763) sollen insgesamt 385 Pershing II-Raketen produziert werden. Arkin, Cochran und Hoenig gingen im April 1982 in einer Untersuchung der amerikanischen Rüstungskontrollgesellschaft davon aus, daß von 1982 bis 1987 300 W 85 Sprengköpfe für die Pershing II produziert werden. Nach einer Nachricht der Süddeutschen Zeitung vom 28. Oktober 1983 wurden im laufenden Haushaltsjahr 1983 der Kauf von 112 Pershing II bewilligt. Im Haushaltsjahr 1984 wurden 432,8 Millionen Dollar für 95 weitere Pershing II im Bewilligungsausschuß des Repräsentantenhauses bereitgestellt. Für das Haushaltsjahr 1985 sind weitere 104 Pershing II-Raketen geplant. Im NATO-Doppelbeschluß sind die Stationierung von "108 Abschußvorrichtungen für Pershing II" und nicht 108 Pershing-II-Raketen genannt. Da die Pershing II wie die Pershing I und wie die sowjetische SS-20 nachladefähig ist, muß davon ausgegangen werden, daß die US-Armee für jedes Pershing II-Startgerät circa 3,5 Pershing II-Raketen plant. Aus den neuesten Haushaltszahlen des US-Repräsentantenhauses ist ersichtlich, daß Verteidigungsminister Dr. Wörner bei seinem Besuch in Washington im November 1982 die Zahl der Pershing II-Raketen nicht auf 108 begrenzen konnte. Es ist deshalb davon auszugehen, daß die US-Armee entgegen andersartigen Zusagen an die Bundesregierung vom Herbst 1982 davon ausgeht, mehr als 108 Pershing II-Raketen zu stationieren. Bisher wurde kein anderes Stationierungsland für die Pershing II-Rakete genannt.

Entgegen der Ankündigung der nuklearen Planungsgruppe der NATO von Montebello kann davon ausgegangen werden, daß sich die Zahl der nuklearen Sprengköpfe der US-Streitkräfte in Europa in den 1980er Jahren eher erhöhen als verringern wird. Nach Davis sind gegenwärtig 5.999 Nuklearsprengköpfe in Europa und nach Arkin allein 3.750 in der Bundesrepublik Deutschland stationiert. Eingeführt werden sollen dagegen:

- 2.180 Neutronensprengköpfe (1000 für 155 mm, 800 für 203 mm und 380 für Lance)
- 300 Sprengköpfe für die Pershing II (W 85)
- 560 Sprengköpfe für die landgestützten Marschflugkörper (W 84)
- 500 Sprengköpfe für das Corps Support Weapons System (Lance II).

Damit stehen in den 80er Jahren voraussichtlich 3.540 neue amerikanische Nuklearsprengköpfe zur Einführung an, deren Trägersysteme in Europa stationiert sind oder zur Stationierung zum Beispiel im Rahmen des AirLand Battle Konzepts vorgesehen sind.

Das amerikanische Marschflugkörperprogramm sieht bis Ende dieses Jahrzehnts 10.000 land-, see- und luftgestützte Marschflugkörper und nach Schätzungen es Mai-Heftes von Arms Control Today 30.000 Marschflugkörper für insgesamt 60 Milliarden Dollar beziehungsweise 150 Milliarden DM vor. Von den geplanten 10.000 Marschflugkörpern bis Ende der 1980er Jahre sollen 1.000 seegestützte, 3.015 luftgestützte und 565 landgestützte Marschflugkörper nukleare Sprengköpfe von je 200 bis 300 kt tragen.

Aus diesen und vielen anderen Gründen hat die VDN-Studiengruppe "Europäische Sicherheit" unter Vorsitz von Professor Dr. jur. Ipsen (Rektor, Universität Bochum), der ich angehöre, am 24. Oktober 1983 in Bonn folgende westliche Verhandlungsposition für den INF-Bereich vorgeschlagen: 1. Stationierungs- und Testmoratorium, 2. Assignierung von circa 150 seegestützten Marschflugkörpern an SACEUR und 3. Einbeziehung aller Kernwaffensysteme über 1.000 Kilometer. (-/2.11.1983/ks/va)